

Nach dem Ende der Kämpfe

Asymmetrien, entmündigte Staatlichkeit
und der Schein von Normalität

Im Herbst 2023, anderthalb Jahre nach Beginn des russischen Großangriffs, sind etwa 17 Prozent des ukrainischen Territoriums russisch besetzt. 17 Prozent des Staatsterritoriums entspricht im bundesdeutschen Maßstab ungefähr der Fläche der Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland. So vielfältig die Unterschiede sind, allein die Größenverhältnisse machen deutlich, dass es um nicht unerhebliche Gebiete geht. Dennoch ist Besatzung in Deutschland kaum ein Thema. Warum das so ist, warum Besatzung gewissermaßen eine Leerstelle im deutschen Diskurs darstellt, was Besatzung bedeutet, welche Auswirkungen sie für die betroffenen Gesellschaften in Vergangenheit und Gegenwart hatte und hat, darum geht es in diesem Heft.

Aufmerksamkeitskonjunkturen – und was sie ausblenden

Vor allem in den ersten Wochen und Monaten nach der russischen Invasion waren Bilder vom Krieg in der Ukraine medial nahezu omnipräsent. Inzwischen hat sich der Fokus der Berichterstattung verschoben, es geht vor allem um die Auswirkungen des Krieges. Die Aufmerksamkeit gilt Themen wie Energiesicherheit, Rüstungslieferungen, Inflationsbekämpfung oder dem Umgang mit den Geflüchteten. Diese beiden Erzählstränge – Kriegsgeschehen und Konsequenzen – sind so dominant, dass kaum auffällt, wie wenig über die russisch besetzten Gebiete berichtet wurde und wird.

Besatzung ist ein *blind spot*, und dafür gibt es Gründe. Unsere Nachrichtenwelt ist eine der Bilder. Manche Fotografien des Kriegsgeschehens sind spektakulär: feuerwerksartig explodierende Geschosse am Nachthimmel, bizarre Ruinen von Wohnhäusern, Menschen, die in U-Bahnhöfen und Kellern Zuflucht vor Bombardierung suchen. Bilder rufen zur Empathie auf, sie organisieren Unterstützung und Durchhaltewillen. Man denke nur an die David-gegen-Goliath-Bilder aus den ersten Kriegstagen von ukrainischen Traktoristen, die liegen gebliebene russische Panzer wegschleppten.

Dass es Bilder aus den ukrainischen Kriegsgebieten gibt, hat auch damit zu tun, dass Journalist:innen dort, anders als in den besetzten Gebieten, ihrer Tätigkeit, wenn auch mit Einschränkungen, nachgehen können. Selbstverständlich ist sich die ukrainische Regierung, gerade unter diesem Präsi-



© A. Gree / Alamy Stock Photo

»Guten Abend, wir sind aus der Ukraine.« Briefmarkenserie der Ukrainischen Post vom Juli 2022. Das stilisierte Motiv erinnert an Vorkommnisse aus den ersten Wochen des Krieges, als ukrainische Bauern mit ihren Traktoren wiederholt liegen gebliebene oder zerstörte russische Panzer wegschleppten.

den, ihrer kommunikativen *soft power* bewusst; und fraglos stimmt auch, dass es ein ukrainisches Interesse an Bildern vom Krieg gibt, schon allein, damit er in den Gesellschaften der Verbündeten nicht in Vergessenheit gerät. Zugleich haben die zuständigen Militärkommandos sogenannte rote Zonen eingerichtet. So ist zum Beispiel in der Südukraine Journalist:innen in solchen Zonen der Zugang zu Häfen, militärischen Objekten, wiedereroberten Gebieten und Grenzbereichen verboten, was die Berichterstatte:r:innen als inakzeptable Einschränkung¹ ihrer Arbeit kritisieren.

1 Reporter ohne Grenzen (Hg.), »Front-Verbot für Medienschaffende«, 11. 4. 2023; online unter: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/ukraine/alle-meldungen/meldung/front-verbot-fuer-medienschaffende> [11. 1. 2024].

Der Kontrast zu Russland ist eklatant. Während es in der Ukraine selbst im Krieg möglich ist, Einsprüche zu erheben, hat die russische Regierung kritische Journalist:innen im eigenen Land mundtot gemacht. Unabhängige Medien wurden zu »unerwünschten Organisationen« erklärt, mussten schließen oder wurden außer Landes getrieben. Schon 2006 hatte die Ermordung von Anna Politkovskaja, die mit Reportagen über den Krieg in Tschetschenien und die Korruption in den Streitkräften bekannt geworden war, für Entsetzen gesorgt. Die Verhaftung des US-Journalisten Evan Gershkovich im April 2023, der für das *Wall Street Journal* aus Moskau berichtet hat und dem Spionage vorgeworfen wird, stellt einen weiteren Einschnitt dar. In der Folge haben viele ausländische Korrespondent:innen das Land verlassen.² Eine freie Berichterstattung ist in Russland nicht möglich. Das gilt auch für die besetzten Gebiete.

Hinzu kommt, dass Besatzung weit weniger spektakuläre Bilder produziert als der Krieg. Unter Besatzung ist der Einsatz schwerer Waffen zum Erliegen gekommen, ein Schein von Normalität entsteht. Daher lassen sich hierzulande Stimmen in der Öffentlichkeit vernehmen, die behaupten, wenn das Kämpfen aufhöre, werde auch nicht mehr gestorben. Das sei doch besser als der Krieg mit seinen hohen Zahlen von Toten. Doch wer so denkt, erliegt einer Fehlwahrnehmung. Gerade unter Besatzung leidet die Zivilbevölkerung weiter, sie ist nun dem Aggressor und seinen Institutionen schutzlos ausgeliefert. Für die russisch besetzten Gebiete lässt sich das exemplarisch an zwei Verbrechenszusammenhängen verdeutlichen.

Buča, Irpin, oder auch Isjum haben sich als Orte, an denen Angehörige der russischen Streitkräfte Massaker verübten, auf den *mental maps* dieses Kriegs eingeschrieben. Buča, ein Vorort von Kyjiv, ist schon früh von russischen Truppen besetzt worden. Als diese Anfang April 2022 nach etwas mehr als einem Monat wieder abzogen, wurden Hunderte Leichen gefunden. Das Entsetzen war groß, auch weil viele der Opfer offensichtlich gefoltert worden waren. Die ukrainische Schlussbilanz vom August 2023 sprach von 458 Toten, fast alle Zivilist:innen. Bei 419 von ihnen fanden sich Anzeichen dafür, dass sie gefoltert, erschlagen oder erschossen worden waren.³

2 Anna Politkovskaja, *Tschetschenien. Die Wahrheit über den Krieg*, übers. von Hannelore Umbreit und Ulrike Zemme, Köln 2003; Pia Behme, »Fall Gershkovich. Können ausländische Medien in Russland bleiben?«, in: *Deutschlandfunk*, 6. 4. 2023; online unter: <https://www.deutschlandfunk.de/gershkovich-journalist-russland-verhaftet-festgenommen-100.html> [11. 1. 2024].

3 Liz Sly / Kostiantyn Khudov, »Accounting of Bodies in Bucha Nears Completion«, in: *The Washington Post*, 8. 4. 2022; online unter: <https://www.washingtonpost.com/world/2022/08/08/ukraine-bucha-bodies/> [11. 1. 2024]. Zu Isjum siehe Human Rights Watch (Hg.), »Ukraine: Russische Truppen folterten Gefangene in Isjum. Betroffene berichten von Schlägen, Elektroschocks und Waterboarding«, 19. 10. 2022; online unter: <https://www.hrw.org/de/news/2022/10/19/ukraine-russische-truppen-folterten-gefangene-isjum> [11. 1. 2024].



© Valeria Ferraro / ZUMA Press, Inc. / Alamy Stock Photo

Exhumierung von Leichen aus einem Massengrab nahe der Kirche St. Andreas und Allerheiligen in Buča bei Kyjiv, 8. April 2022.

Juristisch betrachtet stellen diese Verbrechen Kriegsverbrechen dar. Der Begriff möge jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Taten nicht im Kriegsgeschehen, sondern unter Besatzung begangen wurden, als die Gebiete den Truppen der Russländischen Föderation unterstanden. Die Verbrechen unter Besatzung zeigen, dass das Sterben keineswegs aufhört, wenn in einem Gebiet nicht mehr gekämpft wird, auf die Kampfhandlungen aber Okkupation folgt. Die Gewalt nimmt kein Ende, vielmehr verändert sie ihre Formen. Die Mechanismen der Berichterstattung, die häufig auf Bilder angewiesen ist, und die Abriegelung der besetzten Orte führen dazu, dass Meldungen über diese Gewalt die internationale Öffentlichkeit nicht oder nur verspätet erreichen.

Auch ein Bericht des Royal United Services Institute for Defense and Security Studies (RUSI) stellt die Gewalttätigkeit der russischen Besatzer heraus. Die Autoren betonen, dass die Okkupanten in den von ihnen kontrollierten Gebieten die Bevölkerung systematisch einschüchtern und unterdrücken, häufig mithilfe von Kollektivstrafen, die sich auch auf das Umfeld von Verhafteten erstrecken.⁴ Explizit halten sie fest:

⁴ Jack Watling / Oleksandr V. Danylyuk / Nick Reynolds, *Preliminary Lessons from Russia's Unconventional Operations During the Russo-Ukrainian War, February 2022 – February 2023*, London 2023 (= RUSI Special Report, 29 March 2023), S. 26 und S. 34.

The brutality of Russian troops was not confined to those areas where there were ongoing Ukrainian artillery strikes. Even in those areas where no strikes were taking place, acts of resistance would often lead to apparently random people being lifted for interrogation in numbers. [...] Given that this pattern was repeated in many towns, it seems systematic and to follow a cruel logic that, if acts of resistance bring about collective punishment, then those wishing to resist must not only factor in the risk to themselves but also the risk to their families, friends and community.⁵

Angesichts der planvollen, systematisch und zielgerichtet verübten Gewalt seitens der russischen Besatzer in den okkupierten Gebieten steht daher zu befürchten, dass bei der Rückeroberung weiterer Gebiete neue Verbrechen ans Licht kommen. Das Sterben hört also nicht auf, aber anders als einschlagende Artillerie bleibt es für die Weltöffentlichkeit unsichtbar. Die Geschehnisse von Buča, und anderen Orten lehren, dass es voreilig wäre, vom Fehlen von Bildern auf das Fehlen von Gewalt zu schließen.

Noch schwerer abzubilden ist ein zweiter Verbrechenkomplex: die Verschleppung ukrainischer Kinder und Jugendlicher. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat deswegen im März 2023 Haftbefehl gegen Vladimir Putin und die Kinderrechtsbeauftragte des russischen Präsidenten Marija L'vova-Belova erlassen. Er wirft ihnen vor, für die rechtswidrige Deportation von Kindern aus den besetzten Gebieten verantwortlich zu sein.⁶

Um wie viele Kinder es sich dabei handelt, ist unklar, die Zahlen liegen weit auseinander. Während amtliche ukrainische Stellen die Fälle von rund 19.500 Kindern akribisch dokumentiert haben, die seit der Invasion nach Russland deportiert und dort vielfach in Heimen oder Pflegefamilien untergebracht worden sein sollen,⁷ dürfte die Dunkelziffer noch höher liegen. Die russische Regierung selbst spricht davon, seit Kriegsbeginn 700.000 ukrai-

5 Ebd., S. 26. Grundsätzlich zum gewaltgeprägten Alltag unter russischer Besatzung auch Tatiana Zhurzhenko, »Terror, Kollaboration und Widerstand. Russlands Herrschaft in den neu besetzten Gebieten der Ukraine«, in: *Osteuropa* 72 (2022), 6–8, S. 179–200.

6 International Criminal Court (Hg.), »Situation in Ukraine. ICC Judges Issue Arrest Warrants against Vladimir Vladimirovich Putin and Maria Alekseyevna Lvova-Belova«, 17. 3. 2023; online unter: <https://www.icc-cpi.int/news/situation-ukraine-icc-judges-issue-arrest-warrants-against-vladimir-vladimirovich-putin-and> [11. 1. 2024]. Siehe auch Human Rights Watch (Hg.), »Ukrainer*innen nach Russland verschleppt. Strafende und rechteeerletzende Prüfverfahren für fliehende Zivilist*innen«, 1. 9. 2022; online unter: <https://www.hrw.org/de/news/2022/09/01/ukrainerinnen-nach-russland-verschleppt> [11. 1. 2024].

7 Siehe dazu etwa die Ausführungen von Serhij Lukašov, dem Leiter der Organisation SOS-Kinderdörfer in der Ukraine, »Mehr als 19.000 ukrainische Kinder nach Russland deportiert. SOS-Kinderdörfer organisieren Rückführung in die Ukraine«, in: *Frankfurter Rundschau*, 10. 8. 2023; online unter: <https://www.fr.de/pressemitteilungen/mehr-als-19-000-ukrainische-kinder-nach-russland-deportiert-sos-kinderdoerfer-organisieren-rueckfuehrung-in-die-ukraine-92452037.html> [11. 1. 2024].

nische Kinder »aufgenommen« zu haben.⁸ Bilder gibt es hiervon so gut wie keine, nur manchmal von der Freude, wenn es gelingt, eine Familie wieder zusammenzuführen. Doch das Leiden der Kinder und ihrer Angehörigen gehört in den Zusammenhang von Besatzung.

Ent-innerte Besatzung

Als Ende Februar 2022 die ersten aus der Ukraine Geflüchteten in Deutschland ankamen, konnte man in persönlichen Gesprächen als Begründung für die Entscheidung, ihr Land zu verlassen, oft hören, dass sie auf keinen Fall unter russischer Besatzung leben wollten. Die Geflüchteten nahmen damit den Ausgang der Kämpfe gewissermaßen vorweg. Sie wüssten, aus dem Schulunterricht oder aufgrund transgenerationell weitergegebener Erfahrung, so hieß es immer wieder, was Besatzung bedeute. Die Besatzung, die sie damit adressierten, war die deutsche Besatzung der Ukraine in den Jahren des Zweiten Weltkriegs, zwischen 1941 und 1944.

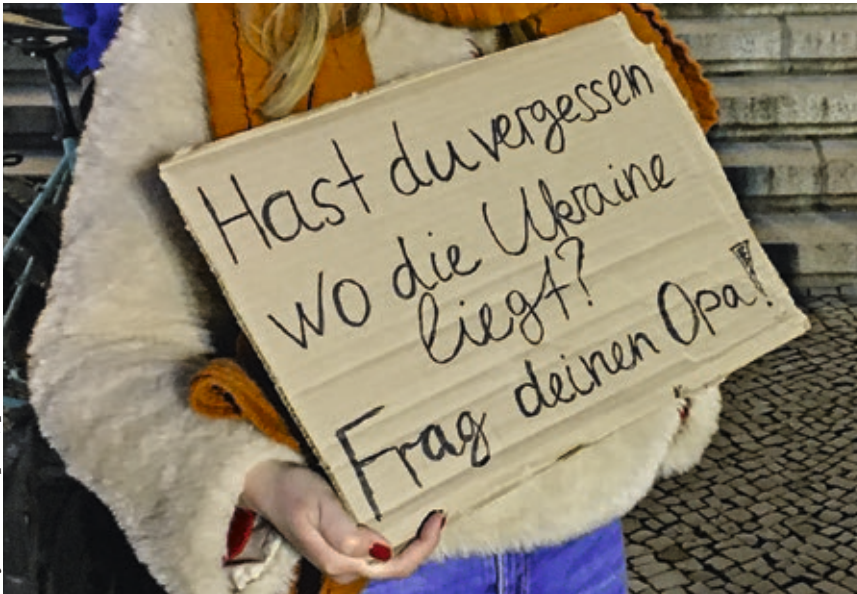
In Deutschland, das stolz auf seine Vergangenheitsaufarbeitung ist, mussten sie feststellen, dass ihr Wissen hierzulande nur selten geteilt wird. Das spiegelt auch die MEMO-Studie zur NS-Erinnerungskultur von 2022 wider: Befragte verbinden den Zweiten Weltkrieg vor allem mit Frankreich (74,9 Prozent), Polen (60,3 Prozent) und Großbritannien (41,3 Prozent), in Ostdeutschland auch mit Russland (36,3 Prozent).⁹

Die Ukraine und Belarus sind weiße Flecken in der Erinnerungslandschaft. In den Ende 2021 / Anfang 2022 erhobenen Daten spielen sie mit 1 Prozent (Ukraine) und sogar nur 0,1 Prozent (Belarus) keine Rolle. Bedenkt man die hohen Opferzahlen in beiden Gesellschaften – in Belarus wurden die Bevölkerungsverluste durch den Krieg und die unter Besatzung verübten deutschen Massenverbrechen erst in den 1980er-Jahren ausgeglichen –, zeigen sich hier erhebliche Wissensdefizite.

In der folgenden Jugendstudie 2023 wurde daher konkret nach dem Bezug zwischen dem russischen Krieg in der Ukraine heute und der Bedeu-

8 O.A., »Kriegsverbrechen in der Ukraine. Russland will seit Kriegsbeginn 700.000 ukrainische Kinder »aufgenommen« haben«, in: *Spiegel Online*, 31. 7. 2023; online unter: <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-krieg-700-000-ukrainische-kinder-seit-kriegsbeginn-nach-russland-verschleppt-a-0a709765-a583-459a-b63a-059ad81f3aed> [11. 1. 2024]. Siehe auch Karolina Hird / Riley Bailey / Grace Mappes / Madison Williams / Yekaterina Klepanchuk / Frederick W. Kagan, »Russian Offensive Campaign Assessment«, 16. 11. 2022; online unter: <https://www.understandingwar.org/backgrounder/russian-offensive-campaign-assessment-november-16> [11. 1. 2024].

9 Michael Papendick / Jonas Rees / Maren Scholz / Andreas Zick, *MEMO – Multidimensionaler Erinnerungsmonitor*. Studie V/2022, S. 36 und S. 52; online unter: https://www.stiftung-evz.de/assets/1_Was_wir_f%C3%B6rdern/Bilden/Bilden_fuer_lebendiges_Erinnern/MEMO_Studie/MEMO_5_2022/evz_brosch_memo_2022_de_final.pdf [11. 1. 2024].



Plakat auf einer Demonstration in Berlin, 25. Februar 2022.

tung einer Auseinandersetzung mit der Geschichte gefragt. Von den Befragten stimmten 40 Prozent der Aussage zu, der Krieg in der Ukraine habe ihnen bewusst gemacht, wie wichtig es ist, sich mit dem Thema Geschichte zu befassen; 28,2 Prozent sehen keinen Zusammenhang zwischen dem gegenwärtigen Krieg und der Bedeutung von Geschichte. Von einer intensiveren Auseinandersetzung mit der Rolle der Ukraine während des Zweiten Weltkriegs berichten 14,9 Prozent, während der größte Teil (59,3 Prozent) angibt, dies nicht getan zu haben. Eine »besondere moralische Verantwortung« Deutschlands gegenüber der Ukraine aufgrund der Verbrechen im Zweiten Weltkrieg sieht die Mehrheit der Befragten nicht. Weniger als jede:r Fünfte (19,1 Prozent) stimmt dieser Aussage zu – mehr als doppelt so viele Befragte (40,7 Prozent) lehnen sie ab.¹⁰ Gegen dieses deutsche Nichtwissen stemmen sich viele Ukrainer:innen, auch per Plakat auf Demonstrationen: »Hast du vergessen[,] wo die Ukraine liegt? Frag deinen Opa!«

Nach Besetzung haben die Studien nicht explizit gefragt. Doch die Zahlen für die Ukraine oder Belarus machen indirekt deutlich, dass Besetzung ein Nichtthema ist. Sie sind ein Indiz dafür, dass Millionen von Opfern der deutschen Besatzungspolitik vor allem im östlichen Europa im bundesrepu-

¹⁰ Michael Papendick / Jonas Rees / Maren Scholz / Leon Walter / Andreas Zick, *MEMO – Multidimensionaler Erinnerungsmonitor. Jugendstudie 2023*, S. 57 f.; online unter: https://www.stiftung-evz.de/assets/1_Was_wir_f%C3%B6rdern/Bilden/Bilden_fuer_lebendiges_Erinnern/MEMO_Studie/2023_MEMO_Jugend/MEMO_Jugendstudie_2023_DE.pdf [11. 1. 2024].

blikanischen Geschichtsbild keinen Platz gefunden haben. Besatzung, so ließe sich argumentieren, bildet eine Fehlstelle im deutschen Erinnerungsdiskurs. In diesem dominiert vielmehr die Erinnerung an den Krieg. Das entspricht den Erfahrungen der deutschen Gesellschaft mit ihren allein für die Wehrmacht rund 13 Millionen mobilisierten Soldaten, von denen Hunderttausende fielen.¹¹ Für die Daheimgebliebenen stand zunächst die Sorge um die Eingezogenen im Vordergrund, später die eigenen Kriegserfahrungen, besonders die Bombardierungen deutscher Städte.

Diese Erfahrung rief auch Olaf Scholz in seiner Zeitenwende-Rede Ende Februar 2022 auf, als er von »schrecklichen Bilder[n] aus Kiew, Charkiw, Odessa und Mariupol« sprach und nahelegte, diese Erfahrungen seien in Deutschland bekannt: »Ich weiß genau, welche Fragen sich die Bürgerinnen und Bürger in diesen Tagen abends am Küchentisch stellen, welche Sorgen sie umtreiben angesichts der furchtbaren Nachrichten aus dem Krieg. Viele von uns haben noch die Erzählungen unserer Eltern oder Großeltern im Ohr vom Krieg.«¹² *Wir kennen das*, lautete die Botschaft des Bundeskanzlers. Dass er von jenem Krieg sprach, den Deutschland mit dem Überfall auf Polen begonnen hatte, erwähnte er nicht eigens.

Im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg deutsche Leidenserfahrungen aufzurufen, hat in der Bundesrepublik eine lange Tradition, Opfer- und Distanzerzählungen entwickelten sich früh. Gerade in den ersten Nachkriegsjahren sah sich die deutsche Bevölkerung überwiegend selbst als Opfer – des Nationalsozialismus, des Kriegs, von Flucht und Vertreibung, auch der alliierten Besatzung. Melvin Lasky, Angehöriger der Historischen Abteilung der US Army, hörte im kriegszerstörten Deutschland 1945 immer wieder Äußerungen wie »Nicht alle hatten Schuld an Hitler, aber nun müssen alle ohne Unterschied leiden« oder »Wir sind alle belogen und betrogen worden«. Ein Gesprächspartner ließ ihn gar wissen: »Auf der ganzen Welt gibt es keine Seele, die unglücklicher wäre, kein Menschenwesen, das hoffnungsloser und geplagter wäre als der Deutsche.«¹³

Angesichts des heute weitreichenden demokratischen Konsenses über die Bedeutung einer lebendigen Erinnerungskultur gerät leicht aus dem

11 Rüdiger Overmans spricht davon, dass insgesamt circa 13,6 Millionen Männer zum Heer, 2,5 Millionen zur Luftwaffe, 1,2 Millionen zur Marine und 900.000 zur Waffen-SS eingezogen wurden, von denen (einschließlich der Toten aus den paramilitärischen Organisationen) circa 5,3 Millionen ums Leben kamen. Ders., *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*, München 1999, S. 316.

12 Olaf Scholz, »Regierungserklärung in der Sondersitzung zum Krieg gegen die Ukraine vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022 in Berlin«, in: Bundesregierung (Hg.), *Reden zur Zeitenwende*. Bundeskanzler Olaf Scholz, Berlin 2022, S. 7–19, hier S. 7 f.; online unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2131062/78d39dda6647d7f835bbe76713d30c31/bundeskanzler-olaf-scholz-reden-zur-zeitenwende-download-bpa-data.pdf> [11. 1. 2024].

13 Melvin J. Lasky, *Und alles war still*. Deutsches Tagebuch 1945, übers. von Christa Krüger und Henning Thies, Berlin 2014, S. 143, S. 148 und S. 158.

Blick, dass sich große Teile der westdeutschen Gesellschaft in der Nachkriegszeit in einem neuen Selbstverständnis als Opfer einrichteten.¹⁴ Damit einher ging die Ausprägung von Traditionen des kollektiven Wegsehens, der Zurückweisung von Verantwortung und der Abwehr von Fragen nach Kollektivschuld.¹⁵ Die Haltung hat als »Triumph des Beschweigens«¹⁶ Eingang in die Forschung gefunden. Verantwortungszurückweisung konnte so zu einem zentralen Baustein des Gründungskonsenses der Bundesrepublik werden.¹⁷

Ihren Ausdruck fand sie auch in den Schlusstrich-Debatten, die in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung bis in die Gegenwart hinein immer wieder geführt werden. Um exemplarisch zwei Beispiele herauszugreifen: Nach den antisemitischen Ausschreitungen um den Jahreswechsel 1959/1960 ergab eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach, dass 34 Prozent der befragten Bundesbürger:innen dafür plädierten, einen Schlusstrich zu ziehen (12 Prozent zeigten sich unentschieden). Fünf Jahre später, auf dem Höhepunkt der Debatte um die Verjährung von NS-Verbrechen, war diese Zahl noch höher. Nun forderten 57 Prozent der Befragten einen Schlusstrich, 11 Prozent zeigten sich unentschieden und nur ein knappes Drittel, 32 Prozent, optierte für »Weiter verfolgen«.¹⁸

Aufschlussreich in der zweiten Umfrage sind auch die Antworten auf die Frage, wie die bundesdeutsche Bevölkerung angesichts der Tatsache, dass man im Ausland gegen die Verjährung sei und eine weitere Verfolgung fordere, reagieren solle. Zur Auswahl standen »Rücksicht nehmen« oder »Von diesen Protesten nicht beeinflussen lassen«. Zwei Drittel plädierten für Letzteres, weitere 12 Prozent zeigten sich unentschieden.¹⁹ Dieser Befund ist auch deswegen erhellend, weil bereits die Frage verdeckte, dass diejenigen, die sich gegen die Verjährung aussprachen, aus jenen Staaten stammten, in denen die Verbrechen begangen worden waren. Die damaligen Antworten bestätigten die bereits beschriebene Verantwortungsabwehr, insbesondere gegenüber dem östlichen Europa. Der Antislawismus der Kriegs- und Besatzungsjahre überdauerte vielfach im Antikommunismus des Kal-

14 Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland*. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2001, S. 66 ff.

15 Markus Urban, »Kollektivschuld durch die Hintertür? Die Wahrnehmung des NMT in der westdeutschen Öffentlichkeit, 1946–1951«, in: Kim C. Priemel / Alexa Stiller (Hg.), *NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung*, Hamburg 2013, S. 684–718, hier S. 699 und S. 713.

16 Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik*. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 15.

17 Urban, »Kollektivschuld durch die Hintertür?«, S. 717.

18 Elisabeth Noelle / Erich Peter Neumann (Hg.), *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964*, Allensbach/Bonn 1965, S. 221; Institut für Demoskopie Allensbach (Hg.), *Verjährung von NS-Verbrechen*. Ergebnisse einer Schnellumfrage, Allensbach 1965.

19 Institut für Demoskopie Allensbach (Hg.), *Verjährung*, Tabelle 5.

ten Krieges und äußerte sich oft in einer bemerkenswerten Empathielosigkeit gegenüber jüdischen wie nicht jüdischen Opfern.²⁰

Doch Beschweigen und die Forderungen nach einem Schlussstrich kamen nicht einer *damnatio memoriae* des Kriegs gleich. Vielmehr sind die Umfragen als ein »Wir lassen uns nicht hineinreden, wie wir über den Krieg denken« zu lesen. Sie spiegeln damit auch den weitreichenden Konsens wider, wonach die Wehrmacht »sauber« geblieben sei, die Nation viele Opfer gebracht habe und Verbrechen nur von einigen wenigen begangen worden seien. Von Veteranenverbänden bis zum Lesepublikum der Landser-Heftchen und Kosalik-Romane reichte die Front derer, die diese Sichtweisen verteidigten.²¹ Wie wirkmächtig sie war, zeigte sich noch Jahre später in den Auseinandersetzungen um die Wehrmachtsausstellung, die auf den Kern des deutschen Familiengedächtnisses zielte, stellte sie doch die Aussage »Opa war kein Nazi« infrage.

Aus dieser Perspektive lässt sich auch die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 nur bedingt als Zäsur lesen, da auch sie die klassischen Opfertopoi aufrief. So gedachte der Bundespräsident der »eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind«. Erkennbar jedoch bemühte er sich, den Blick zu weiten, indem er von »den sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden« sprach und von »alle[n] Völker[n], die im Krieg gelitten haben, vor allem den unsäglich vielen Bürger[n] der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben«. ²² Stand diese Rede für den Beginn einer opferidentifizierenden Erinnerungspolitik,²³ so etablierte der Histori-

20 Wolf Gruner / Stefanie Schüler-Springorum, »Two German Perspectives on a German Discussion« in: *Central European History* 56 (2023), S. 278–282, hier S. 280.

21 Rolf-Dieter Müller / Hans-Erich Volkmann (Hg.), *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*, München 2012; Jens Westemeier, »So war der deutsche Landser...«. Das populäre Bild der Wehrmacht, Paderborn 2019. Zur Opferinszenierung in der (städtischen) Memorialkultur oder bei Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag siehe Jan Niko Kirschbaum, *Mahnmale als Zeitzeichen. Der Nationalsozialismus in der Erinnerungskultur Nordrhein-Westfalens*, Bielefeld 2020; Neil Gregor, *Haunted City. Nuremberg and the Nazi Past*, New Haven, CT / London 2008, S. 135–207; Tatjana Tönsmeier, »Vernichtungskrieg und deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg. Von Sagbarkeitsregimen, Meistererzählungen und erinnerungspolitischen Fehlstellen«, in: Jürgen Zimmerer (Hg.), *Erinnerungskämpfe. Neues deutsches Geschichtsbewusstsein*, Stuttgart 2023, S. 154–174, hier S. 158; Bert-Oliver Manig, *Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik*, Göttingen 2004; Matthias Harder, *Erfahrung Krieg. Zur Darstellung des Zweiten Weltkriegs in den Romanen von Heinz G. Kosalik*, Würzburg 1999.

22 Richard von Weizsäcker, »Rede zur Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa«, 8. 5. 1985; online unter: https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html [11. 1. 2024].

23 Cornelia Siebeck, »Einzug ins verheißene Land«. Richard von Weizsäckers Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai; in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History* 12 (2015), 1, S. 161–169. Ulrike Jureit / Christian Schneider, *Gefühlte*

kerstreit der Jahre 1986/1987 eine Lesart der Shoah, wonach die Ermordung der europäischen Juden durch das NS-Regime singulär, präzedenzlos und nicht als Reaktion auf die Verbrechen der Sowjetunion zu verstehen war.²⁴

Im wiedervereinigten Deutschland begann bald darauf eine intensive Auseinandersetzung um den Charakter deutscher Verbrechen. Nachdem deren juristische Aufarbeitung rudimentär geblieben war, galt die historiografische Aufklärung den deutschen Tätern (und Täterinnen) und ihrer Herkunftsgesellschaft.²⁵ Diese fügte sich in internationale Trends, zu deren zentralen Entwicklungen es gehörte, dass der nationalsozialistische Völkermord an den Juden in einem global gewordenen Holocaust-Diskurs zum Inbegriff des Genozids avancierte und im Westen Europas einen »negativen Gründungsmythos« stiftete.²⁶

Vor allem die sogenannte Täterforschung hat wesentliche Erkenntnisse über das deutsche Besatzungsregime, zu den Planungen und Maßnahmen individueller wie institutioneller Akteure erarbeitet. Geschrieben worden ist Besatzungsgeschichte zudem bisher vor allem als eine Geschichte der großen (Opfer-)Zahlen. Erst in jüngster Zeit gilt das Interesse auch der Besatzung als Erfahrungsraum derer, die das Sterben aus nächster Nähe miterlebten, die Verfolgung erduldeten und in vielfacher Weise »implicated« waren, um einen Begriff von Michael Rothberg aufzunehmen.²⁷ Gebündelt wird diese Forschung vielfach durch den Begriff der Besatzungsgesellschaft, der weiter unten ausführlicher eingeführt wird.

Doch erinnerungskulturell ist Besatzung immer noch eine Leerstelle. Dies zeigt sich auch daran, dass keines der großen geschichtspolitischen Vorhaben so wenig öffentliches Echo gefunden hat wie das Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und Besatzungsherrschaft (ZWBE), dessen Ein-

Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Bonn 2010. Allgemein auch Dirk Schmalzer, *Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit – zwischen Aufklärung und Verdrängung*, Frankfurt am Main 2013.

- 24 Klaus Große Kracht, »Debatte. Der Historikerstreit«, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11. 1. 2010; online unter: http://docupedia.de/zg/kracht_historikerstreit_v1_de_2010 [11. 1. 2024]; Rudolf Augstein (Hg.), »Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich 1987; Michael Wildt, »Was heißt: Singularität des Holocaust?«, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History* 19 (2022), 1, S. 128–147.
- 25 Frank Bajohr, »Neuere Täterforschung«, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 18. 6. 2013; online unter: http://docupedia.de/zg/bajohr_neuere_taeaterforschung_v1_de_2013 [11. 1. 2024].
- 26 Daniel Levy / Natan Sznajder, *Erinnerung im globalen Zeitalter. Der Holocaust*, Frankfurt am Main 2001; Michael Wildt, »Die Epochenzäsur 1989/90 und die NS-Historiographie«, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History* 5 (2008), 3, S. 349–371, hier S. 366; Michael Jeismann, »Völkermord oder Vertreibung. Medien der Europäisierung?«, in: *Historische Anthropologie* 13 (2005), S. 111–120. Sehr nachdenklich dazu Valentina Pisanty, *The Guardians of the Memory and the Return of the Xenophobic Right*, New York 2019.
- 27 Michael Rothberg, *The Implicated Subject. Beyond Victims and Perpetrators*, Stanford, CA 2019.

richtung auf einen Beschluss des Bundestags im Oktober 2020 zurückgeht.²⁸ Angesichts der angespannten Haushaltslage nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Mitte November 2023 muss man um das Zentrum wohl fürchten. Wie wichtig dieses Vorhaben ist, zeigen auch die Reden des Bundespräsidenten, der wiederholt ein weitverbreitetes deutsches Nichtwissen adressiert hat, etwa in seinen Reden in Polen 2019 zum 80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs oder 2021 mit Blick auf den 80 Jahre zurückliegenden deutschen Überfall auf die Sowjetunion.²⁹

Nichtwissen, so die Wissenssoziologie, ist jedoch nicht einfach nur Abwesenheit von Wissen, sondern Produkt von kulturellen und politischen Auseinandersetzungen.³⁰ Ähnlich wie mit Blick auf den Kolonialismus geht es bei Besatzung um eine Form des Ent-innerns: »Gefällige« Teile bleiben präsent, nicht aber das Leid der Unterdrückten.³¹ Was im kolonialen Kontext die Infrastrukturmaßnahmen waren, sind mit Blick auf die alte Bundesrepublik (neben den Autobahnen) Topoi wie das »Russenmädel« aus den Konsalik-Romanen, die sprichwörtliche »russische Seele« und die »herzensguten Menschen«. Zwar sind sie mittlerweile verblasst. Geblieben sind jedoch die bis zum 24. Februar 2022 selten hinterfragte Identifizierung der Sowjetunion mit Russland und das fehlende Wissen um das Leiden der Unterdrückten der deutschen Besatzungsherrschaft in den Jahren des Zweiten Weltkriegs.

Zu wenig bekannt ist in Deutschland bislang auch, dass in der damaligen Sowjetunion, in Polen, Jugoslawien, Griechenland, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Norwegen und Ungarn die Zahl der getöteten Zivilpersonen die der gefallenen Soldaten überstieg.³² Mehr noch: Während aus

28 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD, »Gedenken an die Opfer des deutschen Vernichtungskriegs stärken und bisher weniger beachtete Opfergruppen des Nationalsozialismus anerkennen« (= Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Drucksache 19/23126), 6. 10. 2020; online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/231/1923126.pdf> [11. 1. 2024].

29 Frank-Walter Steinmeier, »Rede zur Gedenkfeier zum 80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges in der Stadt Wielun«, 1. 9. 2019; online unter: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/09/190901-Polen-Gedenken-Wielun.html> [11. 1. 2024]; ders., »Rede zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und zur Eröffnung der Ausstellung »Dimensionen eines Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg«, 18. 6. 2021; online unter: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/06/210618-D-Russ-Museum-Karlshorst.html> [11. 1. 2024].

30 Londa Schiebinger, »Feminist History of Colonial Science«, in: *Hypatia* 19 (2004), 1, S. 233–254, hier S. 237.

31 In Anlehnung an Kien Nghi Ha, »Die fragile Erinnerung des Entinnerten – Essay«, in: *APuZ*. Aus Politik und Zeitgeschichte, 23. 10. 2012; online unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/146985/die-fragile-erinnerung-des-entinnerten-essay/> [11. 1. 2024].

32 Tony Judt, *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, übers. von Matthias Fienbork und Hainer Kober, München/Wien 2006, S. 34 f.

Deutschland sechs Jahre lang Soldaten an die verschiedenen Fronten abrückten, waren in vielen der genannten Länder die eigentlichen Kampfhandlungen eher kurz. Was lange dauerte, war die Besatzung. Die Shoah als Genozid an den europäischen Juden wurde unter Besatzung verübt, ebenso die Massengewalt gegen die einheimischen Bevölkerungen, besonders im östlichen Europa. Wenn auf die Kampfhandlungen eine Besatzung folgt, die sich einem radikalen *social engineering* verschrieben hat – ob zwischen 1939 und 1945 im Rahmen des Generalplans Ost oder heute, bei allen Unterschieden, in den besetzten Gebieten der Ukraine, wo die Russische Föderation eine Entukrainisierungspolitik betreibt –, dann hört das Leiden der Zivilbevölkerung nicht auf. Es ist dieses Wissen, das viele geflüchtete Ukrainer:innen mit nach Deutschland bringen, das hier aber nur selten geteilt wird.

Seite 1 bis 13 von 26 Seiten.

Den kompletten Text finden Sie im
Mittelweg 36, Heft 1 | Februar 2024

*Tatjana Tönsmeyer ist Professorin für Neuere und Neueste Geschichte
an der Universität Wuppertal.
toensmeyer@uni-wuppertal.de*